Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Blatt erscheint an jedem Werktag. Bezugspreis: Monats-Bezugspreis Abholung in der Geschäftsstelle der Stadt 1.60 RM., in den Ausgabestellen und Landbriefkästen 1.80 RM., bei Zustellung im Stadtgebiet 1.95 RM., bei Zustellung im Landgebiet 2.00 RM. Einzelnummern 50 Pfg., Straßenpreis 10 Pfg., Sonnabendausgabe 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 1305. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Anzeigenpreis: Der Grundpreis für die 34 mm breite einspaltige Millimeterzeile kostet 20 Goldpfennig, für die 145 mm breite amtliche Zeile 60 Goldpfennig, für die 72 mm breite Zeile im Reklameteil 60 Goldpfennig. Kleine Anzeigen sind bei Vorlage zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 1 Zeile Sonderpreis. — Für schwierige Sätze und für Platzvorschriften Aufschlag. Bei gerichtlichen Aufträgen und im Falle Zahlungsverzug oder Konkurs erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck und Verlag: G. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Lieger in Frankenberg

№ 141 — Montag den 20. Juni 1927 nachmittags — 86. Jahrgang

Kurzer Tagesspiegel

Unter Teilnahme des Reichskanzlers, des Reichsfinanzministers, des Reichsarbeitsministers, des Postministers und zahlreicher anderer hervorragender katholischer Persönlichkeiten fand in Berlin eine große Fronleichnamsprozession statt.

Poincaré hat bei der Enthüllung des Kriegerdenkmals in Lunéville eine neue scharfe Rede gegen Deutschland gehalten.

Die deutsche Delegation wird morgen vormittag in Berlin aus Genf zurückerwartet.

Dr. Stresemann wird am 29. Juni seinen Nobelpreisvortrag in Oslo halten.

Gegen die „Frankfurter Zeitung" ist das Vorverfahren wegen Landesverrates wegen Nachdruck von Auszügen aus der Denkschrift Marauns eröffnet worden.

Die Ozeanflieger sind heute vormittag über München nach Wien geflogen. Von München aus haben sie eine Dankeskundgebung an das deutsche Volk gerichtet.

In der Umgegend Berlins kam es am Sonntag zu nationalsozialistischen Ausschreitungen.

Der Gesundheitszustand Briands soll nach einem ärztlichen Communiqué befriedigend sein.

Durch Grenzüberschreitung polnischer Soldaten hat sich ein neuer polnisch-litauischer Zwischenfall ereignet.

Der französische Handelsminister verteidigte in einer Rede den neuen französischen Zolltarifentwurf.

Bei der Parlamentseröffnung in Sofia kam es zu großen Tumulten.

Innerhalb der chinesischen Nordtruppen soll es zu einer Spaltung gekommen sein.

Die Genfer Seeabrüstungskonferenz

Pessimismus in Paris.

Paris, 20. 6. (Funkspruch.) In der heute in Genf beginnenden Seeabrüstungskonferenz schreibt der „Petit Parisien", daß als die brennende Frage die der Marinestützpunkte von Singapore und auf den Hawaiinseln und des Panamakanals gezwungenermaßen in den privaten Besprechungen der drei Mächte zur Sprache kommen werde und zwar wegen des starken Druckes der öffentlichen Meinung in Japan, die in den Marinestützpunkten offensive im Gegensatz zu den Washingtoner Abmachungen stehende Elemente sehe. Die Marineinteressen der drei Mächte seien sehr verschieden, schreibt das offiziöse Organ weiter, so daß es sehr schwierig sein werde, eine Uebereinstimmung zu erzielen. Amerika könne ohne besondere Steuererhöhungen 300 Millionen Dollar verausgaben, um den Vorsprung der Engländer in leichten Einheiten einzuholen. Hinter dem Kampf um die Zahlen spiele sich die Entscheidung über die Beherrschung der Meere in der Zukunft ab. Darüber ist man sich auch in den Organen der Linken klar, die bedauern, daß zum Schiedsrichter nicht der Völkerbund gewählt wurde.

Englische Stimmen zum Genfer Konferenzbeginn

London, 20. 6. (Funkspruch.) Die Blätter betonen in längeren Berichten ihrer Korrespondenten in Genf, Washington und Tokio erneut die Wichtigkeit, die man der Genfer Seeabrüstungskonferenz in England allgemein beimißt. Der Washingtoner Korrespondent der „Times" schreibt, daß man in Amerika nicht an einer Verständigung mit Großbritannien zweifle und daß die einzige Frage Japan bleibe. Der japanische Außenminister äußerte dem „Times"-Korrespondenten gegenüber, die japanische Delegation werde sich von dem Wunsche der Zusammenarbeit mit Großbritannien und Amerika leiten lassen. Wenn die Genfer Konferenz zu einem Uebereinkommen gelange, das eine weitere Rüstungssteigerung verhindere, so bedeute das für ein Land mit der geographischen Lage wie Japan sehr viel. Im „Observer" meint Garvin, daß der Konferenz gerade nach den Rückschlägen der Locarnopolitik besondere Bedeutung zukomme, als ein neuer Versuch, die Friedenssicherungen zu festigen. Ebensowenig, wie die Rheinlandfrage, lasse sich die Abrüstungsfrage immer wieder verschieben.

Berichterstattung Stresemanns

Deutsche Besatzungsnote an die Botschafterkonferenz?

Berlin, 20. Juni.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird heute nachmittag der Regierung Bericht erstatten über das Ergebnis der Genfer Verhandlungen. Es steht noch nicht fest, ob aus diesem Grunde eine Kabinettssitzung stattfinden wird, oder der Reichsaußenminister nur den Reichskanzler über die Genfer Besprechungen informieren wird. In politischen Kreisen glaubt man jedoch, daß unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eine Kabinettssitzung anberaumt werden dürfte. Es ist so gut wie sicher, daß das Kabinett, wie es nach der Märztagung des Völkerbundes geschehen ist, zu den Genfer Verhandlungen Dr. Stresemanns kritisch Stellung nehmen wird. Zu einem Beschluß wird das Kabinett kaum gelangen, sondern man wird dem Außenminister den Dank für seine Genfer Bemühungen aussprechen. Man wird sich aber gleichzeitig schlüssig werden über die weiteren zu unternehmenden Schritte in der Frage der Herabminderung der Besatzung im Rheinland. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, wird die Reichsregierung diese Angelegenheit mit allem Nachdruck weiter verfolgen, das heißt, die diplomatischen Besprechungen zwischen Berlin und Paris werden schnellstens in die Wege geleitet. Wie man annimmt, wird der deutsche Botschafter in Paris, der ja seit mehreren Wochen sich wegen seines angegriffenen Gesundheitszustandes auf Urlaub befindet, vor Wiederaufnahme seiner Tätigkeit in Paris, sich nach Berlin begeben, um hier vom Auswärtigen Amt Instruktionen über seine mit dem Quai d'Orsay wieder aufzunehmenden Verhandlungen bezüglich der Verminderung der Besatzungen entgegenzunehmen. Eine Reise des Herrn von Hoesch nach Berlin hält man übrigens für umso notwendiger, als Dr. Stresemann mit dem britischen Außenminister Chamberlain noch am Sonnabend vormittag eine hochpolitische Besprechung hatte, der man besondere Bedeutung beimißt. Wie es heißt, soll bei dieser Unterredung der Gedanke einer neuen Konferenz der Außenminister noch vor der Septembertagung des Völkerbundes erwogen worden sein.

Im Laufe dieser Woche wird sich auch der Reichstag mit der außenpolitischen Lage beschäftigen, und es ist sicher, daß der Reichsaußenminister Dr. Stresemann bei dieser Gelegenheit das Wort ergreifen wird, um dem Hause ein außenpolitisches Referat zu erstatten. Angesichts der Tatsache, daß auf der letzten Zusammenkunft der Sechs-Mächte-Vertreter in Genf beschlossen wurde, an der Locarnopolitik festzuhalten, wird, wie in volksparteilichen Kreisen erklärt wird, Dr. Stresemann im Plenum des Reichstages die Fortführung der Locarnopolitik gleichfalls für das gegenwärtig einzig Gegebene bezeichnen. Ueber die Frage der weiteren Verhandlungen mit der französischen Regierung hinsichtlich der Besatzungsverminderung dürfte der Reichsaußenminister kaum in der Lage sein, positive Mitteilungen über das Ausmaß der Verringerung der Besatzung zu machen, denn der französische Außenminister wird jetzt den Versuch unternehmen, seine Kabinettskollegen und die französische Heeresleitung für eine möglichst beträchtlichere Herabminderung der französischen Besatzungstruppen zu gewinnen. Um der berechtigten Forderung Deutschlands mehr Nachdruck zu verschaffen, ist jetzt von deutschnationaler Seite Seite die Anregung gemacht worden, der Botschafterkonferenz eine Note zu überreichen, in der vor allem auf das Versprechen der Botschafterkonferenz, auf Grund ihrer Note vom 14. November 1925 hingewiesen werden soll. Die Botschafterkonferenz hat in diesem Schriftstück hinsichtlich der Herabsetzung der Stärke der Besatzungstruppen, nämlich Folgendes zugesagt, was mit allem Nachdruck in Erinnerung gebracht werden muß: „Die Maßregeln, die die in der Rheinlandkommission vertretenen Regierungen ins Auge gefaßt haben, und die teils unmittelbar, teils durch Vermittlung der Rheinlandkommission zur Ausführung kommen werden, verfolgen ein doppeltes Ziel: einmal soll die Stärke der Besatzungstruppen erheblich herabgesetzt werden; ferner sollen im Rahmen des Rheinlandabkommens alle Maßnahmen ergriffen werden, um der deutschen Verwaltung die freie Betätigung im besetzten Gebiet zu erleichtern. Die Verwirklichung dieser Reformen wird für die deutsche Bevölkerung sehr wertvolle Vorteile mit sich bringen und einen günstigen Einfluß auf die Beziehungen zwischen ihr und den Besatzungstruppen ausüben. So wird die Verminderung der Besatzungstruppen, die annähernd auf normale Stärke herabgesetzt werden, zur Folge haben, daß ein Teil der öffentlichen Gebäude, Wohnungen und Grundstücke, die bisher für die Besatzungstruppen und Besatzungsbehörden verwendet werden mußten, den deutschen Behörden und der Bevölkerung zurückgegeben werden kann."

In dieser Note ist das Bemerkenswerteste, daß die Verminderung der Besatzungstruppen auf „normale Stärke" zugesagt worden ist, d. h. also, sie soll dem Vorkriegsstande der deutschen Garnison im Rheinlande entsprechen. Danach darf das französische Besatzungsheer nur etwa 48 000 Mann betragen. Diese Zusage der Botschafterkonferenz wird die Reichsregierung bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Verhandlungen des Botschafters v. Hoesch mit dem Quai d'Orsay heranziehen müssen.

Neue Postgebühren-Vorlage

Mehrheitsbeschluß im Verwaltungsrat der Reichspost. — Die Sitzung des Verwaltungsrats.

Berlin, 18. 6. In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost beschwerte sich der Reichspostminister Dr. Schaetzel über die Kritik an seinem Vorgehen, insonderheit über den Vorwurf der Komödienspielerei und des abgekarteten Spieles. Der Minister erklärte mit aller Entschiedenheit, er habe mit niemandem über seine Absicht, die Vorlage über die Postgebührenerhöhung zurückzuziehen, gesprochen, außer mit dem Abg. Allekotte.

Der Verwaltungsrat erklärte dann einmütig, daß eine Weiterberatung der Vorlage, nachdem sie nun einmal zurückgezogen sei, nicht angängig sei. Er nahm dann mit großer Mehrheit eine Entschließung an, den Minister aufzufordern, so schnell wie möglich eine neue Vorlage einzubringen, die sich auf die Beschlüsse des Arbeitsausschusses stützt. Die neue Vorlage wird in 3 bis 4 Tagen erwartet, ihre Erledigung dürfte zweifellos binnen 8 bis 14 Tagen erfolgen.

Gegen die Kriegsschuldlüge

Eine eminent praktische Frage. — In erster Linie eine Frage der Arbeitnehmer. — Eine Rede des Reichsverkehrsministers

Bremen, 19. 6. Reichsverkehrsminister Dr. Koch traf am Sonnabend abend, von Köln im Flugzeug kommend, in Bremen ein und hielt auf einer von dem Deutschnationalen Arbeiterbund veranstalteten Kundgebung eine Rede gegen die Kriegsschuldlüge. Er sprach besonders über die Frage, welches Interesse die Arbeiterschaft an der Zerstörung der Lüge von Deutschlands Schuld am Weltkriege habe. So, wie nur ein solides, gut beleumundetes Geschäft die Kunden anziehen und sich auf die Dauer erhalten könne, habe auch ein Volk die Pflicht, über seine Ehre zu wachen. Die Frage der Kriegsschuld sei keine theoretische, sondern eine eminent praktische Frage. Die Arbeiterschaft gehe es in erster Linie an, ob — rein kaufmännisch gesehen — Deutschland einen guten Ruf habe, ob es Käufer anziehe und halte und die Bevölkerung dadurch Arbeit, Brot und Lohn finde. Deshalb sei die Frage der Kriegsschuldlüge, die die Grundlage des Versailler Vertrages bilde, in erster Linie eine Frage der breiten Masse der Arbeitnehmerschaft.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede wandte sich der Minister dagegen, daß die gegenwärtige Reichsregierung als reaktionär und arbeiterfeindlich angesehen werde.

Nachdem noch der deutschnationale Abgeordnete im Preußischen Landtag, Lindner, das besondere Interesse der Arbeiterschaft an der Zerstörung der Kriegsschuldlüge betont hatte, wurde eine Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, auch weiterhin alles daranzusetzen, um die Folgen, die das erpreßte Schuldbekenntnis für das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft gehabt hat, abzuwenden.

Dankeskundgebung der Ozeanflieger

Berlin, 20. 6. Von München aus richten die Ozeanflieger Chamberlin und Levine eine Dankeskundgebung an das deutsche Volk, in der es u. a. heißt:

„Wenn wir jetzt deutschen Boden verlassen, möchten wir Deutschland und dem deutschen Volk, der Reichsregierung wie den Länderregierungen unseren innigsten Dank für den gastlichen Empfang aussprechen, sowie für die zahllosen hohen Auszeichnungen und Ehrungen, die uns zuteil geworden sind. Auch wir hoffen, mit unserem Flug die Herzen der beiden Völker nähergebracht zu haben und wir würden darin unsere größte Befriedigung und die höchste Auszeichnung für unseren Flug sehen. Möge bald der Tag kommen, an dem wir einen deutschen Ozeanbezwinger in Amerika begrüßen können, damit schließlich unser aller Ziel, der Luftverkehr zwischen Amerika und Europa, sich bald verwirklichen läßt."

•

Chamberlin in Wien gelandet

Wien, 19. 6. Nach einem Rundflug über Wien ist Chamberlin 19,25 Uhr bei strömendem Regen auf dem Wiener Flughafen gelandet. Die deutschen Begleitflugzeuge waren bereits vor ihm niedergegangen. Zum Empfang der Flieger hatten sich auf dem Flugplatz eingefunden: Handelsminister Dr. Schürff, Bundesminister Schmitz, Polizeipräsident Schober, der amerikanische Gesandte Washburn und das deutsche Gesandtschaftsmitglied Graf Dönhoff.

•

Ozeanflug tschechischer Flieger

Prag, 20. 6. (Funkspruch.) „Pravo Lidu" verzeichnet heute die Nachricht, daß zwei tschechoslowakische Staatsangehörige einen Ozeanflug von Prag nach Neuyork und evtl. zurück in einem in der Tschechoslowakei gebauten Flugzeug, unternehmen wollen. Vorläufig beständen noch Schwierigkeiten in der Frage der Finanzierung des Unternehmens.

Das Republikschutzgesetz gilt nicht für Vereinsfarben

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Nordhausen hatte sich in der Berufungsinstanz der Geschäftsführer des Landarbeiterverbands Eichsfeld und Mitglied des Jungdeutschen Ordens Hübener aus Heiligenstädt wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten. Im Herbst 1926 geriet Hübener auf einer Fahrt durchs Eichsfeld, auf der dem Alkohol stark zugesprochen worden war, mit

Reichsbannerleuten

aneinander. Er äußerte dabei: „Ach, schwarz-rot-Senf! Schwarz-Rot-Leisfelde (in Leisfelde war eine Senffabrik in Konkurs geraten) ist ja pleite!" In dem darauffolgenden Wortwechsel sagte Hübener noch, die Verfassung sei von dem Juden Preuß entworfen und brauchte die Wendung: „Dieser ganze Kram — die Regierung — Saustall!" In erster Instanz war Hübener nur der Beschimpfung der Regierung für schuldig befunden und zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen das Urteil hatten Angeklagter und die Anklagebehörde Berufung eingelegt. Der Staatsanwalt vertrat in der Berufungsverhandlung den Standpunkt, daß wegen aller Anklagepunkte Bestrafung eintreten müsse, und beantragte eine Verurteilung zu drei und fünf Monaten Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Lütgebrune (Göttingen), meinte, ein Wirtshauszank von privater Natur sei nicht geeignet, einen Anklagetatbestand nach dem Republikschutzgesetz herzugeben. Die Betitelung der Farben schwarz-rot-gold mit bezug auf einen Verein, wie das Reichsbanner, sei niemals eine Beschimpfung der Reichsfarben. Ebensowenig wie frühere Regierungsmitglieder besonders durch das Gesetz geschützt sein sollten, falle auch eine abträgliche Kritik des Regierungsverfahrens, die nicht ausdrücklich die Person der Regierungsmitglieder und gleichzeitig die Staatsform treffe, unter das Republikschutzgesetz. Das Gericht verwarf die Berufung des Staatsanwalts und

sprach den Angeklagten Hübner von sämtlichen Anklagen frei.

Landgerichtsdirektor Dr. Herold hob in der Urteilsbegründung hervor, daß eine Beschimpfung der Reichsfarben nur angenommen werden könne, wenn die Verhöhnung der Farben mit ersichtlicher Beziehung auf das Hoheitszeichen des Reiches geschehen sei. Die Vereinsfarben des Reichsbanners genössen selbstverständlich nicht den erhöhten Schutz durch das Republikschutzgesetz. Wenn eine abträgliche Aeußerung gegen die Regierung über eine Kritik des Regierungsverfahrens hinaus sich gegen die Person der Regierungsmitglieder wende, liege nur unter der Bedingung eine strafbare Handlung vor, daß diese Regierungsmitglieder besonders als Exponenten der republikanischen Staatsform getroffen seien.